AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 2

FREITAG, DEN 8. JANUAR

2010

Inhalt:

	Seite		Seite
Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Änderung des Bebauungsplans Altona-Nord 5)	9	Vorschläge für die Wahl von beratenden Mitgliedern der freien Träger der Jugendhilfe im Jugendhilfeausschuss Wandsbek	10
Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Bebauungsplan Sternschanze 6)	9	Gebührensatzung Einheitlicher Ansprechpartner Hamburg, Geschäftsstelle Handelskammer Hamburg, in der Fassung vom 11. Dezember 2009 . . .	10

BEKANNTMACHUNGEN

Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Änderung des Bebauungsplans Altona-Nord 5)

Das Bezirksamt Altona beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018, 3081), für das Gebiet zwischen Eggerstedtstraße, Holstenstraße und Max-Brauer-Allee den bestehenden Bebauungsplan zu ändern (Aufstellungsbeschluss A 09/09).

Eine Karte, in der das Gebiet mit einer roten Linie umgrenzt ist, kann beim Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Altona während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Eggerstedtstraße – Nord- und Westgrenze des Flurstücks 1219, Westgrenze des Flurstücks 1117, West- und Nordgrenze des Flurstücks 192 der Gemarkung Altona-Nordwest – Holstenstraße – Max-Brauer-Allee (Bezirk Altona, Ortsteil 210).

Mit der Änderung des Bebauungsplans Altona-Nord 5 sollen Spielhallen und ähnliche Unternehmen im Sinne von § 33 i der Gewerbeordnung, die der Aufstellung von Spielgeräten mit oder ohne Gewinnmöglichkeiten dienen, Wettbüros sowie Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist, ausgeschlossen werden. Der Ausschluss dieser Nutzungen hat das Ziel, die Nahversorgungsfunktion des Gebietes zu stärken und einem Verdrängungsprozess der vorhandenen Betriebe entgegenzuwirken.

Da durch die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans die Grundzüge der Planung nicht betroffen sind, soll das vereinfachte Verfahren nach § 13 des Baugesetzbuchs angewendet werden, womit auf eine Umweltprüfung verzichtet werden kann.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 22. Dezember 2009

Hamburg, den 22. Dezember 2009

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 9

Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (Bebauungsplan Sternschanze 6)

Das Bezirksamt Altona beschließt nach § 2 Absatz 1 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018, 3081), für das Gebiet zwischen Stresemannstraße, Eifflerstraße, Bahngleisen, Schanzenstraße und Neuer Pferdemarkt die bestehenden Bebauungspläne und Baustufenpläne durch einen Textplan zu ändern (Aufstellungsbeschluss A 8/09).

Eine Karte, in der das Gebiet mit einer roten Linie umgrenzt ist, kann beim Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Altona während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Stresemannstraße – Eifflerstraße – West- und Nordgrenze des Flurstücks 796 der Gemarkung Altona-Nord, Nordgrenzen der Flurstücke 2285, 2302, 2303 der Gemarkung Altona-Nord, Nord- und Ostgrenze des Flurstücks 2289 der Gemarkung Altona-Nord – über die Straße Schulterblatt – Nordgrenze der Flurstücke 220 und 215 der Gemarkung Sternschanze – über die Bartelsstraße – Nordgrenzen der Flurstücke 266, 265, 114 und 118 der Gemarkung Sternschanze – Schanzenstraße – Neuer Pferdemarkt (Bezirk Altona, Ortsteil 207).

Mit dem Textplan Sternschanze 6 sollen im Plangebiet, welches überwiegend aus Wohngebieten nach den Baustufenplänen St. Pauli/Altona-Altstadt und allgemeinen Wohngebieten nach den Bebauungsplänen St. Pauli 34 und 31 besteht, Schank- und Speisewirtschaften nur ausnahmsweise zugelassen werden.

Mit der angestrebten Regulierung soll insbesondere das Wohnen vor Immissionen geschützt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 22. Dezember 2009

Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 9

Vorschläge für die Wahl von beratenden Mitgliedern der freien Träger der Jugendhilfe im Jugendhilfeausschuss Wandsbek

Im Zuge der Änderung des Hamburgischen Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (AG SGB VIII) bittet der Jugendhilfeausschuss Wandsbek um die Benennung von beratenden Mitgliedern gemäß § 3 Absatz 2 Nummern 7, 8 und 10 für

- eine in der Mädchenarbeit erfahrene Frau,
- eine in der Jugendhilfe erfahrene Person, die die Erfahrungen und Interessen der ausländischen Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien einbringt, sowie für
- eine in der Jungenarbeit erfahrene Person.

Vorschlagsberechtigt sind die im Bezirk wirkenden anerkannten Träger der Jugendhilfe.

Vorschläge sind bis zum 3. Februar 2010 beim Bezirksamt Wandsbek, Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit, Geschäftsstelle, Schloßstraße 60, 22041 Hamburg, einzureichen. Auf dem Vorschlag sind neben dem Namen auch die Anschrift, das Geburtsdatum und die Rufnummer sowie die E-Mail-Adresse der Person, die für den Jugendhilfeausschuss vorgeschlagen wird, zu vermerken. Da eine der Voraussetzungen für die Wählbarkeit das Wohnen oder die Tätigkeit im Bereich der Jugendhilfe im Bezirk Wandsbek ist, wird um Angaben über das Tätigkeitsfeld gebeten, wenn die vorgeschlagene Person nicht im Bezirk Wandsbek wohnt. Die Vorschläge sollten darüber hinaus Angaben enthalten, die Auskunft über die besondere Qualifikation des Kandidaten/der Kandidatin geben. Diese Angaben werden der Bezirksversammlung Wandsbek zur Entscheidungsfindung vorgelegt.

Rückfragen können an Frau Albrecht, Geschäftsstelle, Telefon: 040/42881-2310, E-Mail: Sabine.Albrecht@wandsbek.hamburg.de, gerichtet werden.

Hamburg, den 29. Dezember 2009

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 10

Gebührensatzung Einheitlicher Ansprechpartner Hamburg, Geschäftsstelle Handelskammer Hamburg, in der Fassung vom 11. Dezember 2009

Auf Grund des § 10 Absatz 2 des Hamburgischen Gesetzes über die Durchführung der Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners (HmbEAG) vom 15. Dezember 2009 (HmbGVBl. S. 444), und § 4 des Gesetzes zur vorläufigen

Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) vom 18. Dezember 1956 in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 701-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418) geändert worden ist, hat das Plenum der Handelskammer Hamburg im Einvernehmen mit der Handwerkskammer Hamburg, der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer, der Steuerberaterkammer Hamburg, der Hamburgischen Architektenkammer und der Hamburgischen Ingenieurkammer-Bau und mit Genehmigung der zuständigen Aufsichtsbehörde folgende Gebührensatzung für die Tätigkeiten des Einheitlichen Ansprechpartners festgelegt:

§ 1

Gebühren, Auslagen, Vorschüsse

(1) Für die Inanspruchnahme des Einheitlichen Ansprechpartners Hamburg, Geschäftsstelle Handelskammer Hamburg, werden von der Handelskammer Hamburg als die die Geschäftsstelle des Einheitlichen Ansprechpartners führende Kammer Gebühren nach dem Gebührentarif erhoben; der Gebührentarif ist Bestandteil der Gebührensatzung.

(2) Die Handelskammer Hamburg kann zusätzlich vom Gebührenschuldner den Ersatz von Auslagen nach Maßgabe des § 5 des Gebührengesetzes vom 5. März 1986 (HmbGVBl. S. 37), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 11. Juli 2007 (HmbGVBl. S. 236), verlangen.

(3) Vom Gebührenschuldner kann in begründeten Ausnahmefällen ein angemessener Vorschuss für Gebühren und Auslagen verlangt werden.

§ 2

Bemessung der Gebühren

Die Gebühr für eine Tätigkeit wird innerhalb der Rahmensätze nach Verwaltungsaufwand anhand des Gebührentarifs bemessen.

§ 3

Gebührensschuldner

Gebührensschuldner ist, wer gebührenpflichtige Tätigkeiten beantragt hat oder zu dessen Gunsten eine solche Tätigkeit vorgenommen wurde. Schulden mehrere Schuldner eine Gebühr gemeinsam, so kann jeder für den gesamten Betrag in Anspruch genommen werden.

§ 4

Entstehung des Anspruchs

(1) Der Anspruch auf Gebühren entsteht bei antragsgebundenen Tätigkeiten mit Eingang des Antrages, im Übrigen bei Durchführungsbeginn der Tätigkeit als Einheitlicher Ansprechpartner.

(2) Der Anspruch auf Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 5

Fälligkeit und Frist

Gebühren und Auslagen werden mit ihrer Bekanntgabe an den Gebührenschuldner fällig und sind innerhalb der gesetzten Zahlungsfrist zu entrichten.

§ 6

Mahnung und Beitreibung

(1) Gebühren und Auslagen, die nicht innerhalb der festgesetzten Frist entrichtet worden sind, sind mit einer

neuen Zahlungsfrist anzunehmen. In der Mahnung ist der Gebührenschuldner auf die Folgen der Nichtzahlung innerhalb der neuen Frist hinzuweisen.

(2) Für die Beitreibung von Gebühren und Auslagen gelten die Vorschriften des § 3 Absatz 8 IHKG entsprechend.

§ 7

Stundung, Erlass, Niederschlagung

(1) Gebühren und Auslagen können auf Antrag gestundet werden, wenn ihre Zahlung mit erheblichen Härten für den Gebührenpflichtigen verbunden ist und der Gebührenanspruch durch die Stundung nicht gefährdet wird.

(2) Gebühren und Auslagen können auf Antrag im Falle einer unbilligen Härte ganz oder teilweise erlassen werden.

(3) Gebühren und Auslagen können niedergeschlagen werden, wenn ihre Beitreibung keinen Erfolg verspricht oder wenn Aufwand und Kosten der Beitreibung in einem Missverhältnis zur Gebührenschuld stehen.

§ 8

Verjährung

Für die Verjährung der Gebühren und Auslagen gelten die Vorschriften der Abgabenordnung über die Verjährung der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen entsprechend.

§ 9

Rechtsmittel

(1) Gegen den Gebührenbescheid ist der Widerspruch nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) gegeben. Über den Widerspruch entscheidet die

Handelskammer Hamburg als die die Geschäftsstelle des Einheitlichen Ansprechpartners führende Kammer. Ist der Widerspruchsführer im Sinne des § 2 Satz 1 HmbEAG dem Aufgabenbereich einer der anderen am Einheitlichen Ansprechpartner beteiligten Kammern zuzuordnen, ist der Widerspruchsbescheid im Einvernehmen mit dieser Kammer zu erlassen. Kann Einvernehmen nicht hergestellt werden, ist der Beschwerdeausschuss des Einheitlichen Ansprechpartners gemäß § 6 Absatz 1 des „Kooperationsvertrags zur Kammergemeinschaft der Einheitlichen Ansprechpartner Hamburg“ anzurufen. Das Gremium entscheidet in diesen Fällen verbindlich mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen.

(2) Gegen den ablehnenden Widerspruchsbescheid kann innerhalb eines Monats nach Zugang vor dem zuständigen Verwaltungsgericht Klage erhoben werden. Die Klage ist gegen die Handelskammer Hamburg als die die Geschäftsstelle des Einheitlichen Ansprechpartners Hamburg führende Kammer zu richten.

(3) Rechtsmittel gegen Gebührenbescheide haben keine aufschiebende Wirkung (§ 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 VwGO).

§ 10

Inkrafttreten

Diese Gebührenordnung tritt nach Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger in Kraft.

Hamburg, den 11. Dezember 2009

Handelskammer Hamburg

Frank Horch
– Präses –

Prof. Dr. Hans-Jörg Schmidt-Trenz
– Hauptgeschäftsführer –

Amtl. Anz. S. 10

**Gebührentarif zur Gebührensatzung
Einheitlicher Ansprechpartner Hamburg,
Geschäftsstelle Handelskammer Hamburg**

Ziffer	Gebührentatbestand	Gebühr
1.	Erteilung von Informationen	
1.1	auf elektronischem Wege durch Inanspruchnahme der bereitgestellten Informationen auf dem Internetportal des Einheitlichen Ansprechpartners Hamburg	gebührenfrei
1.2	im Übrigen auf elektronischem Weg sowie durch telefonische oder persönliche Beratung oder schriftliche Auskunft	bis einschließlich 30 Minuten gebührenfrei, danach je angefangene 15 Minuten Zeitaufwand 9,00 Euro bis zu einer Höchstgebühr von 90,00 Euro
2.	Verfahrensmittlung	
2.1	im Fall der vollständigen Abwicklung von Verfahren	je angefangene 15 Minuten Zeitaufwand 9,00 Euro bis zu höchstens 25 Prozent der von den zuständigen Stellen zu erhebenden Gebühren für alle abgewickelten Verfahren, maximal aber 360,00 Euro. Beträge unter 9,00 Euro werden nicht erhoben.
2.2	im Fall der nachträglichen Rücknahme des Antrags auf Abwicklung von Verfahren	je angefangene 15 Minuten Zeitaufwand 9,00 Euro bis zu höchstens 25 Prozent der von den zuständigen Stellen zu erhebenden Gebühren für alle abgewickelten Verfahren, maximal aber 180,00 Euro. Beträge unter 9,00 Euro werden nicht erhoben.

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Freie und Hansestadt Hamburg,
 Behörde für Schule und Berufsbildung,
 Amt für Verwaltung – Bauabteilung –
 Postanschrift:
 Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Vergabestelle V53-4
 Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 63 - 39 81
 Zu Händen Frau Krips,
 E-Mail: Sabine.Krips@bsb.hamburg.de,
 Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 63 - 34 81
 Weitere Auskünfte erteilen:
 andere Stellen, siehe Anhang A.I
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
 Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
 wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
 Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 den oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers
 und Haupttätigkeit(en)**
 Regional- oder Lokalbehörde
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Bildung
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
 Auftraggeber:
 Schule Klein Flottbeker Weg 64, Ersatz der
 abgängigen Bausubstanz durch Neubauten und
 Errichtung einer Dreifeldhalle
 LOS 7, METALLBAUARBEITEN
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:
 (a) Bauleistung
 Erbringung einer Bauleistung, gleichgültig mit
 welchen Mitteln, gemäß den vom öffentlichen
 Auftraggeber genannten Erfordernissen.
 Hauptausführungsort: Hamburg
 NUTS-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Stahl Pfosten-Riegelfassaden, Innenfassaden und
 Innentüren
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV):
 Hauptgegenstand: 45214200
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): –
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 Titel 1 – Stahl Pfosten-Riegelfassade für alle an
 Verkehrsflächen anschließenden Bereiche:
 ca. 500 qm in Flur, Foyer, Treppenhaus etc.,
 Ucw 0,9;
 Titel 2 – Innenfassaden:
 ca. 25 qm F90 festverglaste Fenster,
 ca. 220 qm F30 Innenfassaden als Abschluss
 zwischen Garderoben und Klassenhausfluren;
 Titel 3 – Innentüren:
 ca. 9 Stück F90 Türanlagen,
 ca. 14 Stück RS Türanlagen.
- II.2.2) Optionen: –
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende
 der Auftragsausführung**
 Beginn: –
 Ende: –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT- LICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFOR- MATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:
 Bürgschaft über 5 % der Auftragssumme als
 Sicherheit für die Vertragserfüllung und 3 % als
 Sicherheit für Mängelansprüche ab einer Auf-
 tragssumme von 250.000,- Euro.
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
 gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
 schriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
 Auftrag vergeben wird:
 Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmäch-
 tigttem Vertreter
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auf-
 tragsausführung: –
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers
 sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in
 einem Berufs- oder Handelsregister

- Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstabe f).
Der Bewerber hat eine Erklärung vorzulegen, dass er in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Absatz 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder gem. § 6 Absatz 1 oder 2 Arbeitnehmerentsendegesetz mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500,- Euro belegt worden ist.
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben a) und c).
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Vorlage von Unterlagen nach VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben b) und d).
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –
- ABSCHNITT IV: VERFAHREN**
- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs
Anwendung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
V 53 EG 11/10
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Ja, Vorinformation
Bekanntmachungsnummer im ABl.:
2009/S 153-223153 vom 12. August 2009
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:
27. Januar 2010, 16.00 Uhr
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja
Preis: 70,- Euro
Zahlungsbedingungen und -weise:
Per Banküberweisung, Empfänger: Behörde für Schule und Berufsbildung, Konto-Nr.: 20001560; BLZ: 200 000 00; Geldinstitut: Bundesbank. Verwendungszweck: 30006 V 53 EG 11/10.
Die Verdingungsunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
2. Februar 2010, 11.30 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:
Bis 2. April 2010
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
Tag: 2. Februar 2010, 11.30 Uhr
Ort: Behörde für Schule und Berufsbildung, Vergabestelle V53-4, Raum 203, Hamburger Straße 131, 22083 Hamburg
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja
Bieter oder ihre Bevollmächtigten
- ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**
- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren
Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammer der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
Postanschrift:
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder gegebenenfalls Abschnitt VI.4.3)
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
29. Dezember 2009

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**
Offizielle Bezeichnung:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt – ABH 51
Postanschrift:
Wendenstraße 4, 20097 Hamburg, Deutschland
Kontaktstellen:
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 41 - 47 51
Zu Händen Herrn Bernd Homrighausen,
E-Mail: Bernd.Homrighausen@bsu.hamburg.de
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 41 - 47 99

Hamburg, den 29. Dezember 2009
Die Behörde für Schule und Berufsbildung

10

Bauaufträge – Offenes Verfahren nach VOB/A Vergabenummer: 09 E 0615

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name und Anschrift des Öffentlichen Auftraggebers (Vergabestelle)**
Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, Bundesbauabteilung, Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Anhang A
Anschrift für nähere Auskünfte, für Anforderung von Unterlagen, für Angebote: Siehe I.1)
Auskünfte zum Verfahren erteilt:
Anschrift siehe I.1)
Auskünfte zum technischen Inhalt erteilt:
Anschrift siehe I.1)
und Herr Kummrow,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 71

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1.1) Bezeichnung des Auftrages:
Vergabe-Nr. 09 E 0615,
Lüftungs- und Kältetechnik
zur Maßnahme 2650 G 0401
Neubau Hauptzollamt Hamburg-Stadt
in der Liegenschaft 2650 wie vor
Starkstromanlagen und Leuchtenlieferungen
- II.1.2) Art des Bauauftrags:
Ausführung von Bauleistungen
Ort der Ausführung:
Koreastraße 4, 20457 Hamburg

- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.2.1) Menge oder Umfang der Leistung:
1 Stück Zu- und Abluftanlage für Außenaufstellung 12.000 m³/h liefern und montieren
2 Stück Entrauchungsventilatoren für die Tiefgarage 8.700 m³/h liefern und einbauen
4 Stück Schubventilatoren für die Tiefgarage liefern und montieren
2 Stück Zuluftventilatoren 4.500 m³/h liefern und montieren
Etwa 70 Stück Brandschutzklappen, rund und eckig, liefern und einbauen
Etwa 1.900 m² Luftkanäle, rechteckig, aus verzinktem Stahlblech, liefern und montieren
Ca. 900 m Wickelfalzrohr liefern und montieren
1 Stück Regelungstechnik für die Heizungs- und Lüftungsanlage liefern und einbauen
1 Stück Kleinkälteanlage 5 kW liefern und montieren
- II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:
Beginn: 19. April 2010
Ende: 29. Oktober 2010

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.2.1) Zuschlagskriterien: siehe Vergabeunterlage
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/ Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen
Bewerbungsschluss: 25. Januar 2010
Versand der Verdingungsunterlagen:
29. Januar 2010
Höhe des Entgeltes: 17,- Euro
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen).
Empfänger: Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, siehe I.1)
BLZ, Geldinstitut: 200 505 50, Hamburger Sparkasse, Kontonummer: 1027 210 333
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333
BIC-Code: HASPDEHHXXX
Verwendungszweck:
Kauf der Verdingungsunterlagen 09 E 0615
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.
Hinweis: Die Vergabeunterlagen können nur versendet werden, wenn
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe Ihrer vollständigen Firmenadresse) bei der in Abschnitt I.1 bzw. Anhang A genannten Stelle angefordert wurden,
– das Entgelt auf dem Konto des Empfängers eingegangen ist.
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote:
23. Februar 2010, 10.00 Uhr

- IV.3.7 Bindefrist des Angebots bis 9. April 2010
- IV.3.8 Angebotseröffnung:
23. Februar 2010, 10.00 Uhr
Ort: Anschrift siehe I.1)

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

Mit dem Angebot sind folgende Eignungsnachweise vorzulegen:

- VOB/A § 8 Nummer 3 Absatz 1 Buchstaben a), b), c), f).

- VI.4.1 Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren (Vergabekammer nach § 104 GWB):
Bundeskartellamt Bonn,
Kaiser-Friedrich-Straße 16, 53113 Bonn,
Telefon: 02 28 / 94 99 - 0,
Telefax: 02 28 / 94 99 - 4 00
- VI.4.3 Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Amt für Bauordnung und Hochbau,
Bundesbauabteilung,
Stabsstelle Recht – BBA R –,
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 4 50,
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 4. Januar 2010

**Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt
– Bundesbauabteilung –**

11

**D-Hamburg: Allgemeine Managementberatung
2009/S 250-360602**

**BEKANNTMACHUNG
Dienstleistungsauftrag**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I. 1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**
Freie und Hansestadt Hamburg,
Behörde für Inneres – Feuerwehr –,
Westphalensweg 1, 20099 Hamburg,
Deutschland,
z. Hd. von Ausschreibungsstelle – F 0111 –,
Telefon: + 49 (40) / 4 28 51 - 41 13,
Telefax: + 49 (40) / 4 28 51 - 18 39,
E-Mail:
ausschreibungsstelle@feuerwehr.hamburg.de
- Internet-Adresse(n):**
Hauptadresse des Auftraggebers:
www.feuerwehr.hamburg.de.
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen.
Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
Beschaffungssystem) sind erhältlich bei den oben
genannten Kontaktstellen.
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an
die oben genannten Kontaktstellen.

- I. 2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**
Regional- oder Lokalbehörde.
Öffentliche Sicherheit und Ordnung.
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein.

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II. 1) **Beschreibung**
- 1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:
Externe Beratungsleistung und Erstellung eines Gutachtens „Strategiepapier Feuerwehr Hamburg 2010“.
- 1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung: Dienstleistung.
Dienstleistungskategorie: Nr. 11.
Hauptort der Dienstleistung: 0600.
- 1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
Öffentlicher Auftrag.
- 1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- 1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Inhalt des Gutachtens.
1. Definition der notwendigen Qualitätskennzahlen sowie die angestrebten Zielerreichungsgrade des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehr Hamburg unter Beachtung der Anforderungen des Neuen Hamburger Haushaltswesens (NHH),
2. Funktionsbemessung des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehr Hamburg in Abhängigkeit des in Hamburg vorhandenen Risikopotentials sowie unter Berücksichtigung des aktuellen Personalbemessungsfaktors,
3. Vergleichende Betrachtung der für Hamburg gewohnten risikostrukturierten Auslegung des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehr im Verhältnis zu den Bemessungsgrundlagen der Schutzzieldefinition nach AGBF-Standard sowie daraus abgeleitete Maßnahmen und Konsequenzen,
4. Berechnung des Stellenmultiplikators unter Beachtung der notwendigen Aus- und Fortbildungszeiten (inklusive Rettungsdienstanteile),
5. Bewertung der Standortansiedlung der Feuer- und Rettungswachen sowie der Technik- und Umweltschutzwache der Berufsfeuerwehr.
- 1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV): 79411000.
- 1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja.
- 1.8) Aufteilung in Lose: Nein.
- 1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein.
- II. 2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- 2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- 2.2) Optionen: Nein.
- II. 3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
Beginn: 17. Mai 2010.
Ende: 30. November 2010.

**ABSCHNITT III:
RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE,
FINANZIELLE UND TECHNISCHE
INFORMATIONEN**

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- 1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
 - 1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften (falls zutreffend): –
 - 1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
 - 1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Nein.
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- 2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister: –
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
Firmenprofil und -struktur, Kompetenzschwerpunkte und örtliche Vertretungen sowie die zur Beurteilung der wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit erforderlichen Angaben.
 - 2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: –
 - 2.3) Technische Leistungsfähigkeit:
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:
– Die berufliche Qualifikation der für die Ausführung der Leistung verantwortlichen und einzusetzenden Personen (Angaben zu Hoch- und Fachhochschulabschlüssen insbesondere in Volks- oder Betriebswirtschaft, Weiterbildungen zu Sicherheitsingenieur, -techniker, -meister; feuerwehrtechnisches Fachwissen),
– Referenzangaben zu in den letzten 5 Jahren durchgeführten Brandschutzbedarfsplanungen, Struktur- und Organisationsuntersuchungen anderer Feuerwehren.
 - 2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein.
- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- 3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein.
 - 3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: Ja.

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- 1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren.
Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein.
 - 1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefördert werden:
Geplante Mindestzahl: 3. Höchstzahl: 5.
 - 1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:
Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung

der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein.

- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- 2.1) Zuschlagskriterien:
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
 - 2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein.
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- 3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
Az. 15.10-21.0 – F 01/2010.
 - 3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:
Nein.
 - 3.3) Bedingungen für den Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein.
 - 3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:
8. Februar 2010, 14.00 Uhr.
 - 3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
 - 3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Deutsch.
 - 3.7) Bindefrist des Angebots: –
 - 3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein.
- VI.3) **Sonstige Informationen:** –
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/
Rechtsbehelfsverfahren**
- 4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:
Vergabekammer bei der Finanzbehörde,
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg,
Deutschland.
 - 4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –
 - 4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
28. Dezember 2009.

Hamburg, den 29. Dezember 2009

**Die Behörde für Inneres
– Feuerwehr –**

Auftragsbekanntmachung**ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Finanzbehörde Hamburg
 Postanschrift:
 Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Hauptgeschäftszimmer (Raum 100),
 Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 14 02
 E-Mail: michaela.schrank@fb.hamburg.de
 Internet-Adresse (URL):
 www.ausschreibungen.hamburg.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 andere Stellen: siehe Anhang A.I
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende
 Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den
 wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches
 Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:
 den oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers
 und Haupttätigkeit(en)**
 Regional- oder Lokalbehörde
 Allgemeine öffentliche Verwaltung
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftrag-
 geber:
 Glas- und Gebäudereinigungsleistungen in der
 Gesamtschule Blankenese, Frahmstraße 15 a/b in
 22587 Hamburg für die Zeit ab 1. September 2010
 bis auf Weiteres.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-
 ferung bzw. Dienstleistung:
 (c) Dienstleistung
 Dienstleistungskategorie: Nr. 14
 Hauptort der Dienstleistung: Hamburg
 Nuts-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-
 fungsvorhabens:
 Glas- und Gebäudereinigungsleistungen
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge
 (CPV)
 Hauptgegenstand: 90919300
 Ergänzende Gegenstände: 90911300
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-
 men (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
 Geschätzter Wert ohne MwSt.: 448 000,– Euro
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.
 Beginn und Ende der Auftragsausführung: –**

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT-
 LICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFOR-
 MATIONEN**

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-
 gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-
 schriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der
 Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auf-
 tragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers
 sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in
 einem Berufs- oder Handelsregister
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähig-
 keit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für
 Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem
 besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die
 berufliche Qualifikation der Personen angeben,
 die für die Ausführung der betreffenden Dienst-
 leistung verantwortlich sein sollen: Nein

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilneh-
 mer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme auf-
 gefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer
 im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:
 Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf
 die nachstehenden Kriterien:

	Kriterien	Gewichtung
	1. Preis	70
	2. Qualität	30
IV.2.2)	Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein	
IV.3)	Verwaltungsinformationen	
IV.3.1)	Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: 2009000135	
IV.3.2)	Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein	
IV.3.3)	Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 18. Februar 2010, 14.00 Uhr Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja Preis: 5,- Euro Zahlungsbedingungen und -weise: Über das Online-Portal Hamburg-Service (www.hamburg.gateway.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren. Dort werden Ihnen die Verdingungsunterlagen kostenfrei zur Verfügung gestellt. Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich gegen Vorabinsendung von 5,- Euro an die Finanzbehörde Hamburg, Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100, Postbank Hamburg, Kontonummer 391 336-206, BLZ 200 100 20, unter Angabe der Projektnummer: 2009000135 abgefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.	
IV.3.4)	Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge: 25. Februar 2010, 14.00 Uhr	
IV.3.5)	Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –	
IV.3.6)	Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch	
IV.3.7)	Bindefrist des Angebots: Bis 30. Juli 2010	
IV.3.8)	Bedingungen für die Öffnung der Angebote: Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein	

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1)	Dauerauftrag: Nein
VI.2)	Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird: Nein
VI.3)	Sonstige Informationen: –
VI.4)	Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren
VI.4.1)	Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer bei der Finanzbehörde

Postanschrift:
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:** –

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**

Offizielle Bezeichnung:

Finanzbehörde Hamburg

Postanschrift:

Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

Kontaktstelle(n):

zu Händen Frau Michaela Schrank,

E-Mail: michaela.schrank@fb.hamburg.de

Hamburg, den 22. Dezember 2009

Die Finanzbehörde

13

Öffentliche Ausschreibung der Verwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Finanzbehörde Hamburg, Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, schreibt Glas- und Gebäudereinigung in der Schule Bandwikerstraße, Bandwikerstraße 56/58, 22041 Hamburg, unter der Projektnummer 2009000134 öffentlich aus.

Vergabeart: Öffentliche Ausschreibung

Ende der Angebotsfrist: 2. Februar 2010, 14.00 Uhr

Ende der Zuschlags-/Bindefrist: 30. Juli 2010

Ausführungsfrist: 1. August 2010 bis auf weiteres

Über das Online-Portal Hamburg-Service (gateway.hamburg.de) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren und erhalten dort die Verdingungsunterlagen kostenfrei.

Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich und gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die Submissionsstelle Finanzbehörde, Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg, Deutschland, Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20), Kontonummer 391 336-206, unter Angabe der Projektnummer 2009000134 und **Ihrer Anschrift** angefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.

Hinweis: Bei der Abgabe seines Angebotes hat der Bieter zum Nachweis seiner Zuverlässigkeit eine Erklärung gemäß § 7 Nummer 5 Buchstabe c VOL/A abzugeben.

Der Bieter unterliegt mit der Abgabe seines Angebotes den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 27 VOL/A.

Hamburg, den 28. Dezember 2009

Die Finanzbehörde

14

Konkursverfahren

65 c N 32/93. Das Konkursverfahren über das Vermögen des in der Zeit vom 21. März 1993 bis 22. März 1993 verstorbenen **Hans Bruno Ludwig Maack**, Inhaber der Firma EL-ME-WE Elektro-Mechanisches Werk, Bissingstraße 35-41, 21075 Hamburg, wird nach Abhaltung des Schlusstermins durch Beschluss vom 15. Dezember 2009 aufgehoben.

Hamburg, den 21. Dezember 2009

Das Amtsgericht, Abt. 65

15

Konkursverfahren

65 a N 49/92. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **CAT Caribbean Tours GmbH**, Hamburger Straße 132, 22083 Hamburg, Geschäftsführer: Heidi Rann, wird Schlusstermin mit folgender Tagesordnung: 1. Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen, 2. Abnahme der Schlussrechnung des Konkursverwalters, 3. Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, 4. Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände, 5. Anhörung der Gläubigerversammlung über den Antrag des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens gemäß § 204 KO bestimmt auf **Donnerstag, den 28. Januar 2010, 9.00 Uhr, Saal B 405**, vor dem Insolvenzgericht Hamburg, Sievekingplatz 1, Ziviljustizgebäude, 20355 Hamburg.

Hamburg, den 23. Dezember 2009

Das Amtsgericht, Abt. 65

16

Ausschließungsbeschluss

610 a II 3/09. Auf Antrag von Rainer Bande in Hamburg, vertreten durch Notar Dr. Karl-Heinz Worch, Lüneburger Tor 4, 21073 Hamburg, beschließt das Amtsgericht Hamburg-Harburg, Abteilung 610 a, durch die Rechtspflegerin Kurz:

Der Deutsche Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Wilhelmsburg Blatt 5660 in Abteilung III unter der Nummer 9 für die Bausparkasse Schwäbisch Hall AG – Bausparkasse der Volksbanken in Raiffeisenbanken – in Schwäbisch Hall eingetragene Grundschuld über 10.686,- Euro (zehn-

Gerichtliche Mitteilungen

tausendsechshundersechundachtzig Euro) wird für kraftlos erklärt.

Hamburg, den 16. Dezember 2009

Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg

Abteilung 610

17

Zwangsversteigerung

71s K 46/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung Kieler Straße 454, 454 a belegene, im Grundbuch von Stellingen Blatt 3464 eingetragene 920 m² große Grundstück (Flurstück 2985), durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem teilunterkellerten zweigeschossigen Dreifamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss samt Spitzboden, einer Garage, einem Anbau, einem Wintergarten und einem Gartenhäuschen. Das Ursprungsbaujahr ist 1902, der Dachausbau erfolgte 1962, Umbau und Erweiterung 1966. Die Gesamtwohnfläche beträgt etwa 267,90 m². Das Haus ist teilweise vermietet, die Erdgeschosswohnung wird vom Eigentümer und seiner Familie bewohnt. Die Wohnung ist behindertengerecht ausgebaut. Im Wintergarten befinden sich ein Schwimmbad und eine Sauna.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 290 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 3. März 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 29. April 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstückes oder des

nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

18

71 a K 198 und 199/08. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Anita-Sellenschloh-Ring 9-16, 18, 20, 22, 24; Lerchensporn 1-6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44; Im Sonnentau 1-8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32; Königsfarn 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15 belegene, im Grundbuch von Langenhorn a) Blatt 12 500, b) Blatt 12 656 eingetragene Miteigentumsanteil an den insgesamt 17.185 m² großen Flurstücken 10 363, 10 367 und 10 362, durch das Gericht versteigert werden.

Im einzelnen handelt es sich um a) 70,32/10.000 Miteigentumsanteile, verbunden mit dem Sondereigentum Quartier 2 in Haus 3 an dem Reihen-Maisonette-Haus und dem Keller und dem Sondernutzungsrecht an dem Garten im Austeilungsplan mit Nummer 2.3.4 bezeichnet. Postalische Anschrift Lerchensporn 44. Die Wohnung liegt im Keller-, Erd- und Obergeschoss des Gebäudes. Die Wohnfläche von etwa 102,75 m² verteilt sich auf Flur, Abstellraum, Keller, vier Zimmer, Küche, Badezimmer mit Dusche und Badewanne, Gäste-WC sowie Terrasse. Baujahr etwa 2001. Beheizung und Warmwasser über Fernwärme. b) 8,42/10.000 Miteigentumsanteile, verbunden mit dem Sondereigentum Quartier 2, Tiefgarage unter Haus 14 an dem Stellplatz Nummer 45. Wohnung und Stellplatz sollen eigengenutzt sein.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG:

zu a) je 1/2 Anteil:	103 000,- Euro
insgesamt zu a)	206 000,- Euro
zu b) je 1/2 Anteil:	6 250,- Euro
insgesamt zu b)	12 500,- Euro
insgesamt a) + b)	218 500,- Euro

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Donnerstag, den 4. März 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen

werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist für a) und b) jeweils am 4. September 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

19

71 p K 132/06 und 71 p K 53/06. Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Hamburg, Bernstorffstraße a) Nummer 118 und b) Nummer 120 belegenen, im Grundbuch von St. Pauli Nord a) Blatt 1587 und b) Blatt 2675 eingetragenen a) 552 m² und b) 746 m² großen Grundstücke (Flurstücke a) 1106 und b) 1529), durch das Gericht versteigert werden.

Beide Grundstücke wurden im Jahre 2000/2001 mit zwei weitgehend identischen Büro-/Gewerbegebäuden in Stahlbetonskelettbauweise bebaut. Die dreigeschossigen, unterkellerten Gebäude mit ausgebautem Dach- und Laternengeschossen verfügen über eine gemeinschaftliche Tiefgaragenanlage im rückwärtigen Grundstücksteil mit 26 Pkw-Stellplätzen mit gemeinschaftlicher Zufahrt über das Flurstück 1529. Das Erdgeschoss des Gebäudes Bernstorffstraße 118 wurde zum Betrieb einer Tanzschule ausgebaut und das II. Obergeschoss einer Wohnnutzung zugeführt. Ansonsten werden die Gebäude zu Bürozwecken genutzt, wobei in dem Gebäude Bernstorffstraße 120 eine kleinteilige Vermietung von Büroflächen an Existenzgründer erfolgt. Die Nutzfläche des Gebäudes Bernstorffstraße 118 beträgt etwa 872 m², die Nutzfläche des Gebäudes Bernstorffstraße 120 etwa 883 m². Die Beheizung erfolgt zentral über eine gasbefeuerte Zentralheizungsanlage, die Warmwasserversorgung über E-Einzelgeräte. Der

Gebäudekomplex ist architektonisch ansprechend ausgeführt, der Instandhaltungszustand gut. Der Gebäudekörper mit der postalischen Belegenheit Bernstorffstraße 118 erstreckt sich in einer Breite von etwa 3 m auf das Flurstück 1529. Auf Grund des erheblichen Überbaus und der gemeinschaftlichen Versorgungseinrichtungen ist eine wirtschaftlich sinnvolle Verwertung nur bei einer gemeinsamen Versteigerung beider Grundstücke gegeben. Die Grundstücke liegen im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet St. Pauli Nord S1. Eine eventuelle Ausgleichsabgabe nach § 154 BauGB kann laut Gutachten nur noch für das Grundstück Bernstorffstraße 118 (Flurstück 1106) anfallen.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: zu a) 1 120 000,- Euro, zu b) 1 510 000,- Euro, Gesamtwert: 3 290 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 9. März 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg, Caffamacherreihe 20, II. Stock, Saal 224.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 225, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Die Zwangsversteigerungsvermerke sind am 25. Mai 2007 bzw. 11. Oktober 2006 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Januar 2010

Das Amtsgericht, Abt. 71

20

Zwangsversteigerung

802 K 60/08. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Noldering 1, 3, 5, 7, 9, 11, 13, 15, Schmachthäger Straße 40 belegene, im Grundbuch von Steilshoop Blatt 675 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus einem 112/10.000 Miteigentumsanteil an dem 12.665 m² großen Grundstück (Flurstück 1474) verbunden mit dem Sondereigentum an der im Hause Schmachthäger Straße 40, II. Obergeschoss links belegenen Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nummer 61 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung eigengenutzte 2-Zimmer-Wohnung hat eine Wohnfläche von etwa 64 m². Einfacher bis mittlerer Ausstattungsstandard. Das Gebäude wurde im Jahre 2002 mit einem Wärmeverbundsystem verkleidet. Das Gebäude wurde im Jahr 1965 errichtet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 75 800,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 9. März 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 25. September 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

21

802 K 38/08. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der in Abteilung I unter Nummer 1 b) des Grundbuchs von Sasel Blatt 12 517 eingetragene 1/2 Miteigentumsanteil an dem in Hamburg, Saseler Chaussee 234 B, 234 C, 234 D, 234 E, belegenen Wohnungseigentum, bestehend aus einem 236/1.001 Miteigentumsanteil an dem 1.001 m² großen Grundstück (Flurstück 6281), verbunden mit dem Sondereigentum an der Doppelhaushälfte, im Aufteilungsplan mit Nummer 2 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die von dem Miteigentümer genutzte, voll unterkellerte eingeschossige Doppelhaushälfte mit ausgebautem Dachgeschoss und Spitzboden, hat die postalische Anschrift Saseler Chaussee 234 C. Die Wohnfläche beträgt etwa 118 m². Baujahr 1998. Guter baulicher Zustand, der Ausstattungsstandard entspricht dem des Baujahres. Im Wohnzimmer ist ein Kamin vorhanden. Zur Versteigerung steht nicht die gesamte Doppelhaushälfte, sondern lediglich ein ideeller halber Anteil daran.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 107 200,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 16. März 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 11. August 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt. 22

802 K 22/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Schleidenstraße 2/6, Lohkoppelstraße 46/54, Ortrudstraße 37, 39, Brucknerstraße 27, 29, 29 a, 29 b, 31, 31 a, 31 b, 33, 35, belegene, im Grundbuch von Barmbek Blatt 13189 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 3.031/1.000.000 Miteigentumsanteilen an dem 7.775 m² großen Flurstück 2728, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nummer 159, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 2-Zimmer-Wohnung befindet sich im III. Obergeschoss links in einem voll unterkellerten, fünfgeschossigen Wohnblock mit insgesamt 263 Wohneinheiten, postalische Anschrift: Schleidenstraße 6. Baujahr etwa 1905, Wiederaufbau 1949. Laut Gutachten ist das Objekt als denkmalgeschützwürdig einzustufen. Die Wohnfläche von etwa 51 m² verteilt sich auf 2 Zimmer, Küche, Flur, Bad und Loggia. Zur Wohnung gehört ein Kellerraum. Der bauliche Zustand ist gut, es besteht geringfügiger Unterhaltungs- und Modernisierungsbedarf.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 50 700,- Euro bzw. 25 350,- Euro je hälftigen Miteigentumsanteil.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 17. März 2010, 10.00 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Barmbek, Spohrstraße 6, 22083 Hamburg, Saal E.005.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 2.044, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 8. April 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen,

widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Januar 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Barmbek**

Abteilung 802

23

Zwangsversteigerung

– Berichtigung –

902 K 42/08. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, Legienstraße, Steinfeldstraße 2, 4 a-d, 6 belegene, im Grundbuch von Schiffbek Blatt 6847 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 4165/638 094 Miteigentumsanteilen an dem 5839 m² großen Grundstück (Flurstück 2008), verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung, im Aufteilungsplan mit Nummer 87 bezeichnet, durch das Gericht versteigert werden.

Die vermietete 1-Zimmer-Wohnung ist im X. Obergeschoss rechts des Gebäudes Steinfeldstraße 4b belegen und hat nach dem Wertgutachten vom 9. September 2008 eine Größe von etwa 41,65 m². Der Wohnung ist ein Sondernutzungsrecht an einem Abstellraum im Kellergeschoss zugeordnet. Es ist Zwangsverwaltung angeordnet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 35 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 13. April 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-St. Georg, Lübeckertor-damm 4, I. Stock, Saal 1.01.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 1.39, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Infos auch im Internet: www.zvg.com

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 6. Juni 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Wohnungseigentums

oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Januar 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-St. Georg**

Abteilung 902

24

Zwangsversteigerung

323 K 33/08. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Hamburg, nordöstlich Pinneberger Chaussee 102, südwestlich Steinacker 33 belegene, im Grundbuch von Eidelstedt Blatt 4510 eingetragene 1013 m² große Grundstück (Flurstück 6806 und 6807), durch das Gericht versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Das Flurstück 6806 ist in zweiter Reihe hinter dem bebauten Grundstück Pinneberger Chaussee 102 gelegen. Das Flurstück 6807 liegt zwischen dem Flurstück 6806 und dem bebauten Grundstück Steinacker 33. Das Grundstück ist unbebaut. Eine Bebaubarkeit dieses Grundstücks ist nicht möglich. Es ist als Grünfläche bzw. Garten anzulegen. Es besteht ein Wege- und Leitungsrecht zugunsten des zu versteigernden Grundstücks von der Pinneberger Chaussee aus.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 33 100,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Mittwoch, den 17. März 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona, Max-Bräuer-Allee 91, 22765 Hamburg, I. Stock, Saal 114.

Das über den Verkehrswert des Grundbesitzes eingeholte Gutachten kann auf der Geschäftsstelle, Zimmer 3, montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr, eingesehen werden. Gutachten per Download auch im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 4. September 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der

Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Januar 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Altona**

Abteilung 323

25

Zwangsversteigerung

417 K 3/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll durch das Gericht versteigert werden das im Grundbuch von Boberg, Blatt 1906 eingetragene Grundstück, Flurstück 2663, 585 m² groß, belegen in Hamburg-Boberg, Asbrookdamm 11 B, 22115 Hamburg.

Das Grundstück ist bebaut mit einem voll unterkellerten, eingeschossigen Einfamilienhaus mit ausgebautem Dachgeschoss in Fertigbauweise (Holztafelbau), Keller Massivbau. Verputzte Außenfassade, hell gestrichen. Wohnfläche etwa 143 m². Erdgeschoss: Diele, Küche, Vollbad, 3 Räume. Dachgeschoss: kleiner Flur, Duschbad, 3 Räume. Gaszentralheizung. Nach Angaben des Gutachters handelt es sich um ein Niedrigenergiehaus. Das Objekt wird durch die Eigentümer selbst genutzt.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG: 236 000,- Euro.

Versteigerungstermin: **Freitag, den 26. Februar 2010, 9.30 Uhr**, vor dem Amtsgericht Hamburg-Bergedorf, Ernst-Mantius-Straße 8, I. Stock, Saal 114.

Das Gutachten zum Verkehrswert kann vormittags, Zimmer 311, eingesehen werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 19. Januar 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Für ein Gebot ist unter Umständen 10 % des Verkehrswertes als Sicherheit zu leisten.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der betreibende Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung

des geringsten Gebotes nicht berücksichtigt werden und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des oben angegebenen Objekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Weitere Informationen im Internet unter www.zvg.com

Hamburg, den 8. Januar 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Bergedorf**

Abteilung 417

26

Zwangsversteigerung

616 K 27/08. Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das in 21079 Hamburg, Jägerstraße 37 belegene, im Grundbuch von Harburg Blatt 10356 eingetragene 645 m² große Grundstück (Flurstück 1110), durch das Gericht versteigert werden. Das Grundstück ist mit einem einseitig angebauten, teilunterkellerten zweigeschossigen Zweifamilienwohnhaus, Ursprungsjahr etwa 1896, bebaut. Das Dachgeschoss ist nicht ausgebaut. Die beiden Wohnungen verfügen über jeweils 3 Zimmer mit etwa 59,31 m² (Obergeschoss) und 52,28 m² (Erdgeschoss) Wohnfläche. Beide Wohnungen sind vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 150 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 2. März 2010, 11.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 20. März 2008 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten

anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Januar 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

27

Zwangsversteigerung

616 K 98/07. Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das in 21077 Hamburg, Hainholweg 156 belegene, im Grundbuch von Eißendorf Blatt 3241 eingetragene 725 m² große Grundstück (Flurstück 930) durch das Gericht versteigert werden.

Das Grundstück ist laut Gutachten bebaut mit einem Einfamilienwohnhaus sowie einer Doppelgarage. Das Haus wurde etwa 1948 als Behelfsheim errichtet, später erfolgten mehrere Um- und Ausbauten, Wohn- und Nutzfläche etwa 96 m², ausgebautes Dachgeschoss, teilunterkellert. Garage wurde etwa 1971 aus Profiblech errichtet. Es besteht erheblicher Unterhaltungsstau und Renovierungsbedarf. Das Objekt steht leer.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 89 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 2. März 2010, 13.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 17. Januar 2007 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem

Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Januar 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

28

Zwangsversteigerung

616 K 87/07. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21077 Hamburg, Heino-Marx-Weg 8 belegene, im Grundbuch von Marmstorf Blatt 1710 eingetragene 1118 m² große Grundstück (Flurstücke 2646 und 3689), durch das Gericht auf Antrag des Insolvenzverwalters (§ 172 ZVG) versteigert werden.

Das Grundstück ist bebaut mit einem Einfamilienwohnhaus mit etwa 194 m² Wohnfläche, Ursprungsbaujahr 1916, Wiederaufbau auf vorhandenem Kellermauerwerk 1949 und ausgebautem Dachgeschoss (1978), einem Garagegebäude mit 3 Garagen und Geräte-raum (Baujahr 1980). Das Objekt wird vom Eigentümer genutzt. Eine Besichtigung durch den Gutachter war nicht möglich.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 420 000,- Euro.

Die Grenzen der §§ 74 a, 85 a ZVG finden keine Anwendung.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 9. März 2010, 9.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 26. Oktober 2007 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Insolvenzverwalter widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Januar 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**

Abteilung 616

29

Zwangsversteigerung

616 K 68/05. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in 21073 Hamburg, Wilstorfer Straße 51 belegene, im Grundbuch von Harburg Blatt 17049 eingetragene Wohnungseigentum, bestehend aus 55/1000 Miteigentumsanteilen an dem 544 m² großen Flurstück 2928, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung und den Räumen Nummer 8, durch das Gericht versteigert werden.

2-Zimmer-Dachgeschosswohnung in einem etwa 1914 errichteten Mehrfamilienhaus mit etwa 49,36 m² Wohnfläche. Die Wohnung war zum Zeitpunkt der Begutachtung vermietet.

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 36 000,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 16. März 2010, 9.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Souterrain.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 9. September 2005 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Januar 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

30

Zwangsversteigerung

616 K 3/09. Im Wege der Zwangsvollstreckung soll der in 21075 Hamburg, Große Straße 136 a belegene, im Grundbuch von Eißendorf Blatt 6361 eingetragene hälftige Anteil 1 a an dem Teileigentum, bestehend aus 304/10000 Miteigentumsanteilen an dem 999 m² großen Flurstück 851, verbunden mit dem Sondereigentum an der Doppelstockgarage Nummer 1, durch das Gericht versteigert werden.

Hälftiger Anteil an einer Doppelstockgarage (2 Stellplätze).

Verkehrswert gemäß § 74 a Absatz 5 ZVG 1350,- Euro.

Der Versteigerungstermin wird bestimmt auf **Dienstag, den 30. März 2010, 11.00 Uhr**, Sitzungssaal 04, Bleicherweg 1, Untergeschoss.

Das über den Verkehrswert erstellte Gutachten kann werktäglich, außer mittwochs, von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr auf der Geschäftsstelle (Zimmer 5 im Dienstgebäude Buxtehuder Straße 11, Zugang über den Parkplatz, Gebäude hinten auf dem Grundstück) eingesehen oder im Internet unter www.zvg.com und www.zvhh.de abgerufen werden.

Der Zwangsversteigerungsvermerk ist am 12. Januar 2009 in das Grundbuch eingetragen worden.

Rechte, die bei der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, sind spätestens im Versteigerungstermin vor der Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger/Antragsteller widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Grundstücks oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöses an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Hamburg, den 8. Januar 2010

**Das Amtsgericht
Hamburg-Harburg**
Abteilung 616

31

Sonstige Mitteilungen

Gläubigeraufruf

Der Verein **Bildungswerk Medien e.V.** ist aufgelöst worden und befindet sich in Liquidation. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche gegen den Verein bei einem der Liquidatoren anzumelden.

Hamburg, den 10. Dezember 2009

Die Liquidatoren

Frau Tanja Martens,
Lokstedter Weg 96 a, 20251 Hamburg
Herr Hubert Grimm,
Mohlenhofstraße 8, 20095 Hamburg
Herr Otfried Krüer-Bürgermann,
Am Dorfteich 20 D, 22457 Hamburg

32

Gläubigeraufruf

Die Firma **NAN KU GmbH** (Amtsgericht Hamburg, HRB 50410), Anschrift und Sitz der Gesellschaft: Ottenser Hauptstraße 34, 22765 Hamburg, ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 30. November 2009

Der Liquidator

Li Hang, geboren am 7. Dezember 1962
Wohnort: Hamburg

34

Gläubigeraufruf

Die Firma **GfH Gesellschaft für Hausmeisterdienstleistungen mbH, Hamburg**, Dithmarscher Straße 20, 22049 Hamburg, ist aufgelöst. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 7. Dezember 2009

Der Liquidator

33

Gläubigeraufruf

Die Firma **TSE Touristik-Service-Europa GmbH** ist durch Beschluss vom 27. Oktober 2009 aufgelöst. Als Liquidator wurde der frühere Geschäftsführer Gerd Brammer bestimmt. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei der Gesellschaft zu melden.

Hamburg, den 1. Dezember 2009

Der Liquidator

35